



ISO Rhein-Neckar



Protesttransparent an der Halle 25 in Käfertal - von GE noch im Jahr 2016 entfernt.

Foto: Avanti<sup>2</sup>

# GE: „... das bittere Ende der Historie“

H.N.

**A**m 6. Februar 2017 fand die Unterzeichnung eines „Interessenausgleichs und Sozialplans“ bei General Electric (GE) statt. Mit der Zustimmung des Konzernbetriebsrats von GE zu dieser Vereinbarung hat sich das Management des US-Konzerns im Kampf um die Arbeits- und Ausbildungsplätze durchgesetzt.

Dem Abbau von über 1000 Stellen allein im traditionsreichen Mannheimer Werk und der Schließung der Produktion von Gas- und Dampfturbinen voraussichtlich bis Ende 2017 / Anfang 2018 steht nun nichts mehr im Weg. Zudem ist der Boden bereitet für die Verlagerung und Vernichtung der restlichen Arbeitsplätze in den Bereichen Kraftwerksservice und Entwicklung von Dampfturbinen.

Zwar gibt es für die KollegInnen, deren berufliche Existenz jetzt zerstört wird, Abfindungsregelungen und die Möglichkeit in „Tranfergesellschaften“ zu wechseln. Angeblich kostet GE der „Sozialplan“ rund 500 Millionen Euro. Aber dies ist ein Klacks für den Konzern, der allein durch dubiose Deals zur „Steuervermeidung“

in der Schweiz 1,5 Milliarden Schweizer Franken „eingespart“ hat.

Die Maßnahmen von GE bedeuten zum einen die skrupellose Vernichtung von seltenen Fähigkeiten, langjährigen Erfahrungen und industriellem Wissen nicht nur im konventionellen Kraftwerksbau. Zum anderen – und vor allem – ermöglichen sie die endgültige Zerstörung einer sehr rar gewordenen Tradition und dennoch lebendigen Kultur des gewerkschaftlichen Widerstands und der Solidarität.

Unter dem Strich ist das eine sehr bittere Niederlage für die Belegschaft, ihre betriebliche Interessenvertretung und ihre Gewerkschaft – die IG Metall.

Es ist höchste Zeit für alle politisch und gewerkschaftlich Aktiven, gründlich die politischen und organisatorischen Lehren aus diesem Desaster zu ziehen. Ansonsten werden sich die Methoden des Klassenkampfes nach Art des Hauses GE auch in anderen Betrieben immer stärker durchsetzen. ■

*Liebe Leserinnen und Leser,*

während GE sein Mannheimer Werk platt macht, schweigen die deutschen Medien und die etablierte Politik zu den „Job-Killer-Methoden“ und „Steuer-Modellen“ des US-Konzerns. In der aktuellen *Avanti*<sup>2</sup> versuchen wir, eine erste Einschätzung der schweren Niederlage in dieser traditionsreichen Käfertaler Fabrik zu geben.

Ferner beschäftigen wir uns weiter mit den politischen Perspektiven hierzulande. Wir werfen zudem einen ersten Blick auf die AfD-Strategie im Wahljahr 2017 und schauen erneut auf die bedrohliche Entwicklung in der Türkei.

Wir hoffen, dass diese Themen auf Euer Interesse stoßen.

Eure Redaktion

**Inhalt**

TITEL	INTERNATIONAL
01 GE „... das bittere Ende der Historie“	09 Türkei Erdogans Diktatur
BETRIEB UND GEWERKSCHAFT	SEMINAR / FRAUEN
02 GE Resistance ohne Chance?	11 „Das Kapital“ Noch aktuell?
04 2017 Politische Perspektiven (Teil 2)	11 8. März Internationaler Frauentag
06 AfD Erfolgreiche Strategie?	RÜCKBLLENDE / TERMINE
	12 „Februarrevolution“ 1917 Februar im März?
	12 Termine

# War gegen die „Killer-Strategie“ von GE kein Kraut gewachsen?

## Versuch einer ersten Antwort

H. N.

Vor etwa 20 Monaten, genaugenommen am 20. Juni 2015, haben wir für die Zeitschrift *Lunapark 21* einen längeren Artikel verfasst, der sich mit der Zerschlagung von ALSTOM und der Übernahme durch General Electric (GE) befasst.

**U**nter der Überschrift „Dedicated to Excellence“ („Der Spitzenleistung verpflichtet“) ist dort unter anderem zu lesen: „General Electric wird zunächst die von ALSTOM erworbene konventionelle Energiesparte und danach die von GE de facto beherrschten Gemeinschaftsunternehmen einem brutalen Gewinnmaximierungsplan unterwerfen. Dadurch soll der Kaufpreis schnellstmöglich wieder hereinholt werden.“

Die von dieser Strategie betroffenen Belegschaften, ihre Interessenvertretungen und ihre Gewerkschaften – in Deutschland ist das die IG Metall (IGM) – werden sich auf sehr harte Zeiten einstellen müssen. GE hat nämlich absolut kein Verständnis für ‚Profit-Hemmnisse‘ wie aktive Betriebsräte oder eine wirksame Tarifbindung.“

Leider haben diese Sätze durch den Abschluss des „Interessenausgleichs und Sozialplans“ bei GE Power eine Bestätigung erhalten. Das ist sehr schmerzhaft.

Umso mehr stellt sich die Frage: Warum waren Konzernbetriebsrat und IG Metall nicht in der Lage, eine wirksamere Verteidigungs-Strategie zu entwickeln?

Versuchen wir deshalb, einige Stichpunkte für eine erste, aber noch unvollständige Antwort zu skizzieren.

### Übernahme durch GE

1. Vor mehr als drei Jahren wurden die Zerschlagungs- und Verkaufspläne des Pariser ALSTOM-Managements bekannt. Auf Seiten des Europäischen Betriebsrats (EBR) und der dort vertretenen Gewerkschaften fehlte eine klare Analyse der Situation und eine daraus abgeleitete Verteidigungsstrategie.

2. Statt diese gemeinsam zu erarbeiten, kam es zu einer sehr kontroversen Debatte im EBR. Eine knappe Mehrheit der EBR-Mitglieder um die deutschen VertreterInnen entschied sich trotz der besonderen Bedingungen des französischen Rechts dafür, den Verkaufsprozess an GE nicht zu blockieren.

3. Dieser Mehrheitsentscheidung lag offensichtlich eine nicht ausreichende Kenntnis des GE-Konzerns und seiner Methoden zugrunde.

4. GE stieß zwar in Deutschland bei der Durchsetzung seiner Abbau- und Standortschließungspläne auf mehr Hindernisse als in anderen Ländern. Das lag an dem dort relativ höheren gewerkschaftlichen Organisationsgrad und an den Möglichkeiten des Betriebsverfassungsgesetzes. Aber auch hierzulande war – trotz zahlreicher auch standortübergreifender Protestaktionen – keine wirksame Perspektive eines entschlossenen Widerstands zu erkennen. Weder auf der Ebene des Konzernbetriebsrats noch auf der Ebene der IG Metall als bundesweiter Organisation.

### Vom Widerstand zum Taktieren

5. Besonders im Käfertaler Werk gab es eine seit über 30 Jahren lebendige Tradition, mit klarer Kante und einer durchdachten betrieblichen, aber auch öffentlichkeitswirksamen Mobilisierung der Belegschaft gegen die Kahlschlagpläne der Kapitaleseite zu kämpfen. Dabei wurde in der Regel darauf geachtet, für die Gegenseite nicht berechenbar zu werden.

6. Dieser Weg wurde nach dem Frühjahr 2014 nicht mehr konsequent beschritten. Ein wesentlicher Grund hierfür war das altersbedingte Ausscheiden des „harten Kerns“ betrieblicher Funktionäre bis zu diesem Zeitpunkt. Offensichtlich ist es nicht gelungen, vorausschauend eine Weitergabe des „Staffelstabs“ sicherzustellen.

7. Ein anderer zentraler Faktor war die Duldung einer ab Sommer 2014 immer deutlicher einsetzenden Stellvertreterpolitik durch den Konzernbetriebsrat. Das geschah in Verbindung mit einem weder in den örtlichen Betriebsratsgremien noch in den Belegschaften ausreichend vermitteltem Taktieren. All dies führte zu einer zunehmenden Abgehobenheit des Konzernbetriebsrats.

8. So beschleunigte sich die Entpolitisierung örtlicher Betriebsratsgremien und minderte deren aktive Beteiligung. Zudem lockerte das nicht nur die Verankerung in Vertrauenskörpern und Belegschaften, sondern unterhöhlte das zuvor große Ansehen und die Glaubwürdigkeit von Betriebsräten bei vielen KollegInnen.

9. Die Chancen, wirtschaftlichen Druck auf den Konzern auszuüben, wurden offenbar nicht detailliert beleuchtet (z.B. im weltweiten Servicegeschäft, in der Planung von Dampfturbogruppen, in der Inbetriebnahme, ja sogar in der Produktion von Gasturbinen).

10. Die guten Möglichkeiten für die Entwicklung von Alternativplänen gegen die Kahlschlagstrategie der Konzernleitung wurden viel zu spät und zu zögerlich angegangen. So konnten die zwar unvollständigen, aber durchdachten technischen und geschäftlichen Alternativen weder rechtzeitig in den Belegschaften noch in der Öffentlichkeit vermittelt werden. Umso mehr vermochte sich das politisch motivierte und insbesondere hinsichtlich der Anforderungen des Kraftwerksgeschäfts inkompetente Gebaren des Managements zunehmend als „alternativlos“ durchsetzen.

11. Leider wurde auch der hartnäckige Ausbau einer inhaltlichen Argumentation und deren Vermittlung in Belegschaft und Öffentlichkeit vernachlässigt. So wäre es möglich gewesen, stärkeren Druck auf die Politik auszuüben:

- durch die Skandalisierung von GE als „Jobkiller und Steuervermeider“ sowie als Betreiber von BR-Mobbing und als gewerkschaftsfeindlicher Konzern



Torblockade bei Alstom Mannheim, 17. April 2014.

Foto: IGM VL Alstom

- durch das Einfordern eines „Schutzschirms“ – analog zur Bankenkrise – für alle Arbeits- und Ausbildungsplätze bei GE  
 - durch die Bezugnahme auf Artikel 14 Grundgesetz und die „Sozialbindung“ des Eigentums sowie die Möglichkeit der Enteignung von GE.

12. Es ist bezeichnend, dass es im Mannheimer Werk, das aufgrund seiner Größe und gewerkschaftlichen Tradition eine besondere Rolle im Konzern spielte, in den letzten Jahren nur zwei von der Belegschaft initiierte Widerstandsaktionen gab.

Zum einen die mehrtägige Torblockade im April 2014, mit der erfolgreich der Abtransport von Turbinenteilen in die USA verhindert wurde. Und zum anderen der faktische Streik in der Produktion und angrenzenden Bereichen Ende 2016.

Es gab zwar eine lange Liste von Aktionsvorschlägen zur Verteidigung der Arbeits- und Ausbildungsplätze. Aber diese wurde weder konsequent abgearbeitet noch zugespitzt – zum Beispiel durch weitere Blockadeaktionen, mehrtägige Betriebsversammlungen oder gar eine Betriebsbesetzung.

### „Diktatur der Zahlen“

13. Die Strategie von Konzernen wie GE ist im Kern explizit politisch: Es geht um die brutale Durchsetzung einer gnadenlosen „Diktatur der Zahlen“ und damit auch um die Vernichtung beziehungsweise Verhinderung gewerkschaftlicher und betrieblicher Gegenmacht.

14. Um dieses Ziel zu erreichen, betrieb (und betreibt) das „Top-Management“ eine zielgerichtete Spaltungs- und Einschüchterungspolitik gegenüber den Belegschaften und ihren Interessenvertretungen. Einige Beispiele: haltlose Unterstellungen („Aufruf zum Mord“) und gesteuerte Hetzkampagnen gegen die KBR-Vorsitzende, „Erpressung und Lügen“ in den Verhandlungen, „Mitarbeiter-Informationen“ zur Verwirrung der Belegschaft und Verleumdung der Interessenvertretungen,

Boykott von Betriebsversammlungen, Missachtung der Rechte des Betriebsrats aus dem Betriebsverfassungsgesetz und vieles mehr.

15. Dabei scheut GE keine Mühen und Kosten. Millionen hat allein der – steuermindernde – Einsatz externer Anwaltskanzleien und „Berater“ bis heute gekostet. Sogar die massive betriebswirtschaftliche Selbstschädigung durch unwiderrufliches Zerstören von hochkomplexem Wissen im Kraftwerksbau und den Verzicht auf die angebotene „Investorenlösung“ (Übernahme der zur Schließung anstehenden Bereiche durch Bao Steel) nimmt der Konzern in Kauf. Nicht zuletzt kommen dadurch verursachte massive volkswirtschaftliche, soziale, gesundheitlich und ökologische Folgekosten hinzu. Sie müssen erst noch in das öffentliche Bewusstsein gerückt werden.

### Was tun?

16. Eine wirksame Verteidigungsstrategie gegen diese Art von „wirtschaftlichen Kriegsführung“ – oder besser: gegen diese Methoden des Klassenkampfes von oben – gilt es jetzt, aus den Erfahrungen bei GE zu entwickeln und in der Praxis zu überprüfen.

Sie wird sich offensichtlich nicht allein auf die Ebene des Betriebsverfassungsgesetzes, auf einige rechtliche Auseinandersetzungen und öffentliche Protestaktionen beschränken lassen.

Sie wird vielmehr ein Bündel von Fragen zu beantworten haben. Wie gelingt der Aufbau bzw. die Verteidigung von aktiver gewerkschaftlicher Gegenmacht in Betrieb und Gesellschaft? Wie ist eine demokratische Kontrolle nicht nur von einzelnen Betrieben, sondern von Konzernen möglich? Welche Vetorechte benötigen Betriebsräte? Wie kann die Wirtschaft insgesamt so umgestaltet werden, dass sie der großen Mehrheit der Gesellschaft und nicht den Profitinteressen weniger dient? ■

# „2017: Rechtsruck und kapitalistische Angriffe – Was tun?“ „Wer vom Kapitalismus nicht reden will, soll vom Faschismus schweigen!“

## Politische Resolution der ISO (Teil II)

Wir veröffentlichen hier weitere Abschnitte aus der Politischen Resolution der ISO zu den Themen „EU“, „Soziale Bewegungen“ und „Unsere Schwerpunkte“.

Den ersten Teil dieses Textes haben wir in der *Avanti*<sup>2</sup> von Februar 2017 veröffentlicht. Der Schluss wird in der April-Ausgabe zu finden sein.

### „Krise der EU

Die zunehmend brutaleren Angriffe der Herrschenden, die Krise auf dem Rücken der lohnabhängigen Bevölkerung zu lösen, haben auch zu einer tiefen Legitimationskrise ihrer politischen Institutionen geführt. Dabei sticht derzeit die Krise der Europäischen Union (EU) am stärksten hervor.

Die EU ist seit den Anfängen der Europäischen Gemeinschaften ein Europa des Kapitals. In ihrem Funktionieren und in ihrer Verfasstheit fällt sie hinter die Normen der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie weit zurück. Für die herrschende Klasse hat sie sich als nützliches Instrument erwiesen, im Namen der neoliberalen Dogmen den Bevölkerungen in den Mitgliedstaaten die Interessen des Großkapitals und der Großbanken durch ein erbarmungsloses Schuldendiktat und ruinöse Privatisierungsprogramme aufzuzwingen.

Dieses Instrument ist nun selbst in der Krise. Unter anderem, weil die Währungsunion (der Euro), losgelöst von einer gemeinsamen Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik, einen rigorosen Verdrängungswettbewerb zugunsten der produktiveren Unternehmen diktiert. Die Tendenz der Herrschenden, „alternativlose“ antisoziale Systementscheidungen auf die europäische Ebene zu verlagern, produziert autoritäre Strukturen. Sie entziehen sich selbst den geschwächten Kontrollmechanismen der bürgerlichen Demokratie. Damit befördern sie die Krise der EU, was u. a. im Brexit zum Ausdruck kommt. Die extreme Rechte greift das Unbehagen auf und lenkt es auf nationalistische Mühlen.

Die Kräfte der ArbeiterInnenbewegung und der Linken werden dadurch in den

meisten Ländern der EU nicht gestärkt, sondern geschwächt. Sie schwanken zwischen der Illusion, die EU auf kapitalistischer Basis zu einem sozial gerechten, solidarischen und demokratischen Verbund der Bevölkerungen in Europa transformieren zu können, und der Illusion, durch einen Rückzug auf die nationale Ebene das Kräfteverhältnis für sich verbessern zu können. Unter den Bedingungen des globalisierten Kapitalismus und der europäischen Kleinstaaterei ist jedoch in vielen Bereichen eine nationale Lösung der Systemkrise des Kapitalismus nicht mehr möglich. Der Aufbau konfliktfähiger Bewegungen und Strukturen auf europäischer Ebene hinkt stark den Notwendigkeiten hinterher.

### Soziale Bewegungen

Es gibt jedoch in Deutschland auch wichtige Bewegungen für fortschrittliche Ziele. Neben der Bewegung für die Solidarität mit den Flüchtlingen ist dies vor allem die Klimaschutzbewegung, die Aktionen und Camps gegen den ökologisch unverantwortlichen Braunkohleabbau und gegen die Nutzung fossiler Brennstoffe organisiert. Die antirassistische und antifaschistische Bewegung hat auch in Ostdeutschland erreicht, dass die Pegida-Aufmärsche der Zahl und dem Umfang nach zurückgegangen sind und die Sensibilität im Umgang mit der äußersten Rechten gestiegen ist (in Köln etwa musste ein Kongress der Querfront abgesagt werden, weil den Initiatoren im letzten Augenblick die Säle verweigert wurden). Frauen demonstrieren regelmäßig für ihr Recht auf Selbstbestimmung gegen die selbsternannten Lebensschützer. Erwerbslose organisieren sich in verschiedenen Initiativen zur Verteidigung ihrer

Rechte und Interessen. Die Antiglobalisierungsbewegung, Attac und andere Akteure machen kontinuierlich die ungerechte Weltordnung zum Thema. Studierende sowie Schülerinnen und Schüler fordern für sich eine lebenswerte Zukunft.

Auch in den Betrieben gibt es Kämpfe gegen Massenentlassungen, Produktionsverlagerungen, die Digitalisierung der Produktion und die Angriffe auf die Rechte der abhängig Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen. Gewerkschaften nicht nur die in ihren Teilbereichen oftmals kämpferischen Spartengewerkschaften, sondern auch Aktive in DGB-Gewerkschaften, bemühen sich darum, in schwer zu organisierenden Bereichen und unter prekär Beschäftigten Interessenvertretungen aufzubauen oder gegen Geschäftsleitungen vorzugehen, die Betriebsräte und Gewerkschaftsstrukturen in den Betrieben mit allen Mitteln bekämpfen. Noch viel zu wenig wird versucht, ein anderes Modell gewerkschaftlicher Aktivität zu erproben: eines, das auf die aktive Einbeziehung der Belegschaften in jeder Phase des Arbeitskampfes und auf größtmögliche Transparenz der Entscheidungsstrukturen setzt. Gerade auf das Motto „Gewerkschaft, das sind wir“ kommt es jedoch an, wenn lange und harte Arbeitskämpfe eine hohe und anhaltende Mobilisierungsbereitschaft erfordern.

### Unsere Schwerpunkte

Unabhängig von unserem jeweiligen politischen Aktionsfeld wird es ohne bewusst organisierte und solidarisch handelnde Strukturen keine Wahrnehmung der durchaus existierenden Chancen für Widerstand geben – weder im Kleinen noch im Großen:

## Ohne Résistance keine Chance

Unsere strategische Orientierung im Kampf gegen Armut, Ausbeutung, Unterdrückung, Umweltzerstörung und Krieg ist nicht neu, aber dennoch hochmodern: Wir wollen geduldig unsere gesellschaftliche und betriebliche Verankerung stärken, im Alltagskampf die Notwendigkeit einer antikapitalistischen und internationalistischen Orientierung deutlich machen und damit einen Beitrag zum Aufbau einer revolutionär-sozialistischen Organisation und Internationale leisten.

lamentarischen Opposition, wobei kämpferische Aktionseinheiten, vor allem wenn sie Ansätze für eine praktische Einheitsfront der arbeitenden Klasse fördern, geeignet sind, das gesellschaftliche Kräfteverhältnis zu verbessern.

Wir verstehen uns als aktiver Teil der außerparlamentarischen Bewegungen und nehmen nach Kräften an ihnen teil. Wir bringen unsere Positionen und Vorschläge in sie ein und stellen sie zur Diskussion, um sie im Dialog mit anderen zusammen weiterzuentwickeln. „Organizing“ ist ein Konzept, das sich nicht nur auf der betrieblichen Ebene anwenden lässt. Im



Aufkleber in Chemnitz / Sachsen, 27.02.2017.

Foto: Avanti<sup>2</sup>

Hierbei setzen wir auf eine aktive und solidarische Bündnispolitik mit anderen Kräften und Strömungen der Linken und der ArbeiterInnenbewegung. Wir vernachlässigen jedoch unseren eigenen organisatorischen Aufbau als nützliches Instrument der Widerstandsbewegungen nicht.

Unser Aktionsschwerpunkt liegt im Aufbau einer außerpar-

selben Sinne nehmen wir an den linken Formierungsprozessen antikapitalistischer Kräfte teil außerhalb wie innerhalb der Partei Die Linke.“

[Fortsetzung folgt.]

■

# Die AfD-Strategie für das Wahljahr 2017

O. H.

**Vor kurzem wurde ein offensichtlich echtes internes Strategiepapier der AfD bekannt. Darin legen die Rechten detailliert fest, wie sie ihre prokapitalistischen und rassistischen Botschaften im Bundestagswahljahr 2017 verbreiten wollen.**

**Dies war Grund genug, unseren ISO-Informations- und Diskussionsabend im Februar der kritischen Auseinandersetzung mit der AfD-Strategie zu widmen.**

**Im Folgenden veröffentlichen wir unser redaktionell überarbeitetes Einleitungsreferat.**

Die nachfolgenden Bemerkungen setzen sich nicht mit der Politik der AfD auseinander, um diese zu bewerten. Es geht vielmehr um die neue Wahl- und Aufbaustrategie der AfD, welche die Partei in weitere Landesparlamente und in den Bundestag katapultieren soll. Um der AfD als rechtspopulistischer und rassistischer Partei wirksam entgegenzutreten zu können, ist es notwendig, sich mit ihrer Strategie auseinander zu setzen.

## Parolen

„Demokratie wieder herstellen“ und „Dem Volk die Staatsgewalt zurückgeben“ - mit diesen Parolen beabsichtigt die AfD, bei den anstehenden Landtagswahlen und vor allem bei der Bundestagswahl im Herbst als Sieger hervorzugehen. Als drittstärkste Partei will sie

in den Bundestag einziehen und sich damit dauerhaft politisch etablieren. Gleichzeitig ist es ihr erklärtes Ziel, im Wahlkampf die eigene Basis wesentlich zu stärken.

Wie die AfD das erreichen will, entwickelt sie in einem vertraulichen Strategiepapier, das Ende Dezember 2016 vom Bundesvorstand beschlossen worden ist.

Das Papier macht deutlich:

- Der AfD geht es nicht um sachliche Lösungen, sondern vor allem um gezielte Provokationen, die den Wahlkampf bestimmen sollen. Der erhoffte Effekt ist, dass sich die „Altparteien“ (AfD-Jargon) auf eine solche Auseinandersetzung einlassen und entsprechend reagieren.

„Je nervöser und je unfairer die Altparteien auf Provokationen reagieren desto besser. Je mehr sie versuchen, die AfD wegen provokanter Worte oder Aktionen

zu stigmatisieren, desto positiver ist das für das Profil der AfD.“ Negative Reaktionen müssten daher „ganz bewusst“ einkalkuliert werden.

- Eindeutig positioniert sich die AfD als reine Protestpartei und formuliert ihr Selbstverständnis, das so bislang nicht ausdrücklich benannt wurde: „Die AfD lebt gut von ihrem Ruf als Tabubrecherin und Protestpartei. Sie braucht sich dessen nicht zu schämen, sondern muss sich selbstbewusst zu ihrer Aufgabe bekennen, dem Protest in Deutschland eine politische Richtung und ein Gesicht zu geben.“

- Bemerkenswert ist, dass die AfD derzeit gar nicht selbst gestalten will, sondern gezielt andere Parteien bzw. das politische Klima verändern will: „Viele Wähler gehen nicht davon aus, dass die AfD selbst bei einer Regierungsbeteili-



Aufkleber in Chemnitz / Sachsen, 27.02.2017.



gung die von ihr angesprochenen Probleme lösen kann.' Aber sie wüssten, dass die AfD allein dadurch wirke, dass sie 'Unliebsames' klar ausspreche. Die AfD löse 'als Korrektiv Lernprozesse bei den Altparteien aus. Sie wirkt.' Dabei will sich die AfD aber weiter als Opfer inszenieren: 'Nicht die AfD darf das Gespräch verweigern, die Altparteien müssen es ablehnen.'

### Kernthemen

Die AfD will sich auf wenige sogenannte Kernthemen konzentrieren, sonst drohe 'Beliebigkeit und Verzettlung'. Um sich ein Image aufzubauen, seien nur 'wenige, sorgfältig ausgewählte und kontinuierlich bespielte Themen von Bedeutung. Sie müssen so aufbereitet und vermarktet werden, dass die AfD mit ihnen in der Öffentlichkeit identifiziert wird, ihre bisherigen Alleinstellungsmerkmale verteidigt und einige wenige neue hinzugewinnt.' Es gehe um 'eine erfolgreiche AfD' und weniger darum, 'zu möglichst allem etwas zu sagen'.

Einige Themen will die Partei sogar möglichst gar nicht ansprechen. Beispielsweise sieht die AfD in der Wirtschafts- und Sozialpolitik eine große Spaltungsgefahr für ihre Wählerschaft. So soll der neoliberale Kern etwa in der Steuerpolitik oder beim Mindestlohn verdeckt werden. Wörtlich heißt es in dem Strategiepapier,

oberstes Ziel sei es, im Wahljahr mit Themen zu werben, 'die innerhalb der AfD-Wählerschaft nicht zur Spaltung führen'.

Weiter heißt es: 'Bei für die AfD bislang für Wahlerfolge nicht erforderlichen Themen (das gilt insbesondere für die Wirtschafts- und Sozialpolitik) muss sehr sorgfältig darauf geachtet werden, dass sich die Anhängerschaft der AfD nicht auseinanderdividiert. Während Teile des liberal-konservativen Bürgertums auf der einen und Arbeiter und Arbeitslose auf der anderen Seite bei Themen wie Euro / Europa, Sicherheit, Migration / Islam, Demokratie, nationale Identität oder Genderrismus durchaus ähnliche Positionen vertreten, kann es Differenzen bei Fragen wie Steuergerechtigkeit, Rentenhöhe, Krankenkassenbeiträge, Mietbremsen oder Arbeitslosenversicherung geben.'

### „Querverbindungen“

Bei Fragen sozialer Gerechtigkeit fühlt sich die AfD also angreifbar. Was für die 'sozial Schwachen' getan werden soll, bleibt dementsprechend weitgehend nebulös. Hier wird eher eine neoliberale Argumentationslinie übernommen und mit einem ausländerfeindlichen Grundton ausgestaltet - in dem Papier als 'Querverbindungen' bezeichnet. Für den Erfolg 2017 komme es vorrangig darauf an, 'wie schon bisher etwaige Differenzen möglichst im Hintergrund zu lassen

und das Gemeinsame der AfD-Wählerschaft zu betonen'.

Wo dies nicht einfach sei, 'müssen Querverbindungen zwischen den Kernthemen und den möglicherweise spalterisch wirkenden Themen gezogen werden, also z.B. gezeigt werden, dass die hohen Folgekosten des Asylchaos Steuersenkungen schwierig machen und die sozialen Sicherungssysteme von den Zuwanderern stark beansprucht werden'.

Die AfD will keine Lösungsvorschläge machen. Sie traut der eigenen Wählerschaft offenbar nicht zu, anspruchsvolle Lösungen zu verstehen. So heißt es in dem Papier, es gehe für den Wahlerfolg nicht darum, 'zu den zentralen Themen differenzierte Ausarbeitungen und technisch anspruchsvolle Lösungsmodelle vorzulegen und zu verbreiten, die nur Spezialisten aus der politischen Klasse interessieren, die Wähler aber überfordern. Zu umfassende Antworten bergen die Gefahr, sich in technische Details zu verlieren.'

Es sei wichtiger, 'den Finger in die Wunde der Altparteien zu legen, als sich in einer Expertendiskussion um Lösungsvorschläge zu verheddern'. Die ste Wiederholung dessen, wofür man bereits bekannt sei, bringe 'mehr Erfolg als immer wieder neues zu bringen. Konzentration auf Eingängiges geht vor Vollständigkeit, harte und provokante



Alternativen zur AfD? Wandmalerei in Chemnitz / Sachsen, 27.02.2017.

Slogans sind wichtiger als lange, um Differenzierung bemühte Sätze, die es allen recht machen wollen.'

### Zielgruppen

Die AfD will gezielt polarisieren und spalten. So definiert die Partei fünf Zielgruppen. Die Reaktionen und Befindlichkeiten anderer Teile der Gesellschaft sei für die AfD ‚von untergeordneter Bedeutung‘. Diese seien ‚eher Zielscheiben als Zielgruppen der AfD‘.

Als eigene Zielgruppen gelten demnach:

- Wähler aus allen sozialen Schichten, Altersgruppen und Teilen Deutschlands, die weitere Euro-Rettungspakete ablehnen
- bürgerliche Wähler mit liberal-konservativer Werteorientierung
- Protestwähler, die mit ‚der Verengung der politischen Debatte auf wenige Themen, mit politisch korrekten Meinungsäußerungen in den Medien sowie ganz allgemein mit Inhalt und Stil der politischen Debatte unzufrieden sind‘
- Nichtwähler, die ‚unter den Altparteien nirgendwo ein akzeptables Angebot finden‘
- Bürger mit unterdurchschnittlichem Einkommen („kleine Leute“), die sich zu konservativen Werten wie Leistungsbereitschaft, Ordnung, Sicherheit und Patriotismus bekennen.

### Potenziale

Derzeit geht die AfD von einem Wählerpotenzial von 20 Prozent aus. Sie betont, dass bei den Landtagswahlen 2016 rund 75 Prozent des Potentials ausgeschöpft wurden. Gleichwohl will sich die AfD ‚perspektivisch stärker gegenüber der politischen Mitte‘ öffnen. Hier hat sie – neben der Wählerschaft von CDU/CSU, SPD und der Linkspartei (im Osten) – vor allem Nichtwähler, die sich für Politik interessieren, im Visier.

Diese Erweiterung könne aber nur funktionieren, wenn sich die AfD deutlicher gegen Rechtsaußen abgrenze, heißt es in dem Papier – was reichlich Konfliktpotenzial in sich birgt. ‚Das heutige Potential der AfD darf nicht zum Ghetto werden, in dem die AfD zwar sicher zweistellige Ergebnisse erzielt, aber über die Marke von bundesweit 20 Prozent nicht hinauswachsen kann. Allerdings dürfe eine stärkere Ausrichtung an der politischen Mitte nicht dazu führen, dass die AfD in ihrem heutigen Potenzial an Zustimmung verliert und sich in Inhalt und

Stil zu sehr den Altparteien annähert‘.

Das Strategiepapier weist auch auf Schwächen bei der Repräsentation und ein fehlendes Kompetenzteam hin. So wird beklagt, dass sich im Vorstand die Exponenten der verschiedenen Flügel öffentlich bekriegen.

Die Politik der AfD ist also grundsätzlich darauf aus, durch Polarisierung und Provokationen Stimmen zu gewinnen. Ein belastbares politisches Programm liegt bislang nicht vor, auf Lösungskompetenz wird bewusst verzichtet. Deutlich wird zudem das Profil einer rechten Protestpartei, die Konfliktthemen – etwa Sozial- und Arbeitsmarktpolitik – gezielt ausklammert. Stattdessen will sie Kernthemen wie Zuwanderung und Asyl, die Rolle des Islams oder Sorge um die nationale Identität in den Fokus rücken.

Es ist durchaus nicht unrealistisch, dass die Strategie der AfD für ihre Zielsetzung erfolgreich ist. Sie darf vor diesem Hinter-

grund keinesfalls unterschätzt werden.

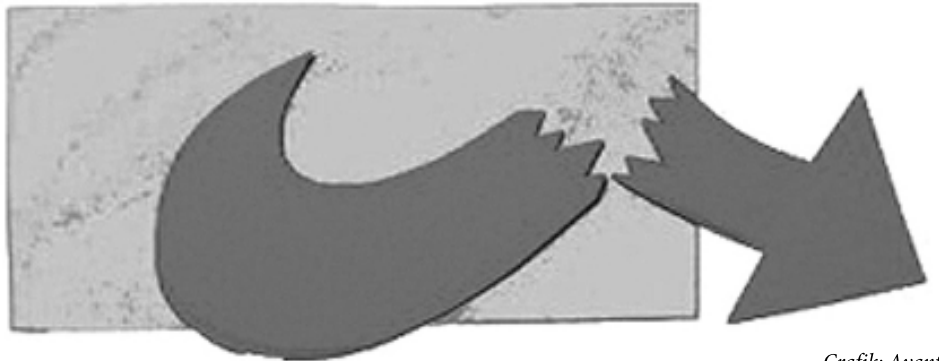
zur gegenseitigen Hilfe und zu gemeinsamen Demonstrationen, Aktionen und Streiks zu treffen.

Aber das allein reicht aber nicht aus. Wir müssen gleichzeitig eine eigene Strategie zur Erreichung unserer Ziele entwickeln und praktisch umsetzen. Hierbei genügt es nicht, einen abstrakten Sozialismus als Alternative zu Kapitalismus und Nationalismus anzupreisen.

Sozialistisches Bewusstsein ist heute viel weniger verbreitet als vor hundert Jahren, als es eine Massenbewegung für den Sozialismus gab. Nur eine vergleichsweise geringe Minderheit will heute die Überwindung des Kapitalismus. Die Glaubwürdigkeitskrise der sozialistischen Ideen als Folge von sozialdemokratischer und von stalinistischer Politik ist noch lange nicht überwunden.

Es hilft allein der geduldige Aufbau einer breiten sozialen und politischen Protestbewegung für konkrete Ziele und

## Rassismus ist keine Alternative



Grafik: Avanti<sup>2</sup>

### Was tun gegen die AfD?

Es ist unabdingbar, den RechtspopulistInnen und RassistInnen konsequent entgegenzutreten. Gleichzeitig gilt es, geduldig und systematisch eine ‚wehrhafte‘ antifaschistische Bewegung mit Masseneinfluss aufzubauen. Eine möglichst breite Einheit in der Aktion ist also notwendig.

Es geht um die gemeinsame Verteidigung gegen die rechtsextremen und rassistischen Aggressionen. Dafür gilt es, unter allen Beteiligten und Bedrohten – MigrantInnen, Geflüchtete, GewerkschafterInnen und Linke – Absprachen

gegen die fortgesetzte Abwälzung der Krisenlasten auf die große Mehrheit. Nur aus ihr kann sich der erforderliche anti-kapitalistische Widerstand entwickeln und in eine starke außerparlamentarische Opposition münden. Erst dann werden glaubwürdige Perspektiven zur Überwindung des Kapitalismus entstehen.

Als kleine, aber aktive Organisation können wir schon heute gemeinsam mit anderen dazu beitragen, den Aufschwung der AfD zu stoppen. ■



# In den Kerkern des Sultans

**Mit Massenverhaftungen von Oppositionellen bereitet der türkische Staatschef Erdogan den Weg zur Präsidialdiktatur.**

NICK BRAUNS

In den letzten Monaten haben wir uns immer wieder mit der Entwicklung in der Türkei auseinandergesetzt. Aus internationalistischer Pflicht und weil die Diskussion mit türkischen KollegInnen in Betrieben dies erfordert. Mit der Verhaftung des deutsch-türkischen Journalisten Deniz Yücel durch das Erdogan-Regime hat die Debatte über die Verteidigung demokratischer Freiheitsrechte zum Leidwesen der GroKo auch hierzulande an Fahrt aufgenommen.

Wir haben in den nachfolgenden Artikel Zwischenüberschriften zur besseren Lesbarkeit eingefügt. (Anmerkung der Redaktion.)



*Grafik/Montage/Bearbeitung: Avanti<sup>2</sup>*

**D**er türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan scheint fest entschlossen, bis zum Referendum über die Einführung einer auf ihn zugeschnittenen Präsidialdiktatur im Frühjahr jegliche Opposition und Kritik an

seiner Person auszuschalten. Seit dem gescheiterten Militärputsch im Juli 2016 wurden 82.000 Personen unter Terrorismusvorwürfen fest- und die Hälfte davon anschließend in Untersuchungshaft genommen.

Bei einem Großteil der Inhaftierten handelt es sich um mutmaßliche Anhänger der für den Putschversuch verantwortlich gemachten Sekte um den in den USA lebenden Prediger Fethullah Gülen, die in jahrzehntelanger Wühlarbeit einen

regelrechten Parallelstaat innerhalb der staatlichen Institutionen der Türkei aufgebaut hatte. Bis es im Jahr 2013 im Streit um Posten und Pfründe zum Bruch zwischen Gülen und Erdogan kam, waren die Gülenisten innerhalb des Staatsapparates an führender Stelle verantwortlich für die Verfolgung der kurdischen Befreiungsbewegung und der revolutionären Linken. Nun erfahren die Anhänger des Predigers – darunter Unternehmer, hohe Militärs, Justiz- und Polizeibeamte – am eigenen Leib die von ihnen zuvor im Kolonialkrieg gegen die Kurden etablierten Methoden von Willkürjustiz, Folter und Enteignungen.

Der Machtkampf zwischen Erdogans islamisch-konservativer Regierungspartei AKP und der Gülen-Bewegung stellt letztlich eine Auseinandersetzung zwischen zwei Fraktionen innerhalb der herrschenden Klasse dar. Doch gleichzeitig eskaliert der Kampf des Staates gegen die kurdische Freiheitsbewegung und die linke Opposition.

### Verhaftungswellen

Die laufende Verhaftungswelle gegen kurdische und sozialistische Aktivisten setzte bereits nach dem Abbruch der Friedensgespräche mit der kurdischen Befreiungsbewegung im Juli 2015 ein. Es handelte sich um eine Reaktion Erdogans auf den Wahlerfolg der als linkes und prokurdisches Bündnis konzipierten Demokratischen Partei der Völker (HDP), deren Parlamentseinzug im Juni 2015 der AKP bis zu den Neuwahlen im November 2015 ihre für die Alleinregierung notwendige absolute Mehrheit gekostet hatte.

Von der Repression betroffen ist insbesondere die Demokratische Partei der Regionen (DBP). Diese ist nur kommunalpolitisch tätig, stellt im mehrheitlich von Kurden bewohnten Südosten der Türkei die am besten organisierte politische Kraft dar und ist die mitgliederstärkste Gruppierung innerhalb der HDP. Anders als die Gülen-Bewegung oder die kemalistisch-sozialdemokratische Oppositionspartei CHP, die beide grundsätzlich am autoritären Staatsmodell unter der nationalistischen Devise »ein Staat, eine Fahne, eine Nation« festhalten, verfügt die kurdische Bewegung über die Vision einer fortschrittlichen gesellschaftlichen Alternative für die ganze Türkei. In den von ihr regierten Kommunen hatte die DBP ein auf basisdemokratischen Stadtviertel- und Gemeinderäten beru-

hendes System der Selbstverwaltung errichtet. Um diese in der Bevölkerung verankerte Machtbasis zu zerstören, ließ die AKP-Regierung im Frühjahr ganze Stadtviertel in Hochburgen der kurdischen Bewegung, in denen DBP und HDP auf Rekordergebnisse von 60 bis 90 Prozent gekommen waren, zu Ruinen schießen und Hunderttausende Bewohner vertreiben.

Laut einer Statistik der kurdischen Nachrichtenagentur Firat wurden im Jahr 2016 rund 7.250 DBP-Mitglieder und Funktionäre fest- und über 3.000 längerfristig in Haft genommen. Darunter sind die Parteivorsitzenden Sebahat Tuncel und Kamuran Yüksesik sowie zahlreiche Provinz- und Bezirksvorstände sowie 70 Bürgermeister. In den von der DBP regierten Kommunen werden die Bürgermeisterämter jeweils paritätisch von einer Frau und einem Mann besetzt. In 50 dieser Städte und Gemeinden – so auch in der Metropole Diyarbakir – wurden mittlerweile durch die Regierung per Dekret Zwangsverwalter eingesetzt.

### Razzien

Die nach der DBP am stärksten von der Repression betroffene HDP-Mitgliedsorganisation ist die Sozialistische Partei der Unterdrückten (ESP), der auch die HDP-Kovorsitzende Figen Yüksesikdag angehört. Den bei landesweiten Razzien verhafteten Mitgliedern der ESP und ihres Jugendverbandes wird vorgeworfen, Vorfeldorganisation für die illegale Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP) zu sein. Der tatsächliche Hauptgrund für die Verfolgung der ESP besteht jedoch darin, dass sich diese Strömung konsequenter als die meisten anderen Gruppen der radikalen Linken um ein Bündnis von Sozialisten mit der kurdischen Befreiungsbewegung bemüht.

Auch gegen außerhalb der HDP stehende linksradikale Gruppierungen gehen türkische »Sicherheitskräfte« vor. So befinden sich mittlerweile alle in der Türkei lebenden Mitglieder der bekannten Musikgruppe »Grup Yorum« in Haft, die von ihnen betriebenen Kulturzentren wurden geschlossen.

Am 3. November 2016 wurden die Vorsitzenden der HDP, Selahattin Demirtas und Figen Yüksesikdag, sowie weitere Parlamentarier inhaftiert. Aktuell sitzen elf HDP-Abgeordnete im Gefängnis, gegen weitere Volksvertreter bestehen Haftbefehle. Als Terrorpropaganda wird ihnen

bereits die Forderung nach Autonomierechten für die kurdische Bevölkerung oder die Teilnahme an Trauerfeiern für Sozialisten ausgelegt, die bei Anschlügen der Dschihadistenmiliz »Islamischer Staat« (IS) getötet wurden. Für die Aufhebung der parlamentarischen Immunität dieser Abgeordneten hatten bereits im Mai 2016 – rund zwei Monate vor dem Putschversuch – die Fraktionen der regierenden AKP, der faschistischen MHP und ein Teil der sozialdemokratischen CHP-Fraktion gestimmt.

### Gleichschaltung

Zentral für die Errichtung der Präsidialdiktatur in der Türkei ist die Gleichschaltung der Medien. Insgesamt nahezu 200 Zeitungen, Radio- und Fernsehsender sowie Nachrichtenagenturen wurden in den vergangenen Monaten geschlossen. Die Zahl der inhaftierten Journalisten beträgt annähernd 150. Betroffen sind nicht nur die Mitarbeiter Gülen-naher oder kurdischer Medien. Auch der Herausgeber und neun weitere Journalisten der renommierten liberalen Tageszeitung *Cumhuriyet* befinden sich in Haft. Ende des Jahres wurde zudem der bekannte Investigativjournalist Ahmet Sik aufgrund regierungskritischer Äußerungen auf Twitter inhaftiert. Ein Ende der Masseninhaftierungen ist nicht in Sicht. Für 2017 kündigte Justizminister Bekir Bozdogan bereits den Bau von 175 neuen Gefängnissen an. ■

Aus: Sozialistische Alternativen erkämpfen, Beilage der *jungen Welt* vom 14.01.2017. Nachdruck mit Genehmigung des Autors.

### TIPP

Türkei/Kurdistan gehört zu den Schwerpunktthemen von Nick Brauns, und er unternimmt regelmäßig politische Studienreisen in den Nahen Osten.

Ein weiteres seiner Spezialgebiete ist die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung.

Auf seiner Website findet Ihr neben Informationen zu seiner Person auch Fotoreportagen und zahlreiche Texte:

[www.nikolaus-brauns.de](http://www.nikolaus-brauns.de)

# 150 Jahre: Karl Marx und „Das Kapital“

Frühjahrsseminar der ISO Rhein-Neckar am 22. und 23. April 2017 in Mannheim

**V**or 150 Jahren vollendete Karl Marx die Arbeit am ersten Band seines epochalen Werks „Das Kapital“.

Wir nehmen dies zum Anlass, um die Bedeutung und die Aktualität seiner Analyse und Kritik des Kapitalismus zu untersuchen.

**Zudem wollen wir uns mit folgenden Fragen auseinandersetzen:**

- Wodurch ist der heutige Kapitalismus gekennzeichnet?
- Welche Alternativen zur bürgerlichen Herrschaft hat Marx (gemeinsam mit Friedrich Engels) vorgeschlagen?
- Welche Wege zur Bekämpfung des Kapitalismus sind von Marx (und Engels) aufgezeigt worden?
- Kann unser heutiges Engagement für eine solidarische Welt noch heute auf Marx' (und Engels') Überlegungen Bezug nehmen?

**Weitere Informationen und Anmeldung bei den GenossInnen der ISO Rhein-Neckar oder unter: [info@iso-4-rhein-neckar.de](mailto:info@iso-4-rhein-neckar.de)**



Marx-Denkmal in Chemnitz.

Foto: Avanti

## 8. März: Internationaler Frauentag

**Für die rechtliche, politische und wirtschaftliche Gleichstellung aller Frauen!**

L. M./K. M.

„Woman is the nigger of the world“ - „Frau ist der Nigger der Welt“ sang John Lennon provokativ vor über 40 Jahren. Leider hat sich an dem grundsätzlichen Wahrheitsgehalt dieser Aussage wenig geändert - trotz aller Fortschritte im weltweiten Kampf für die Rechte der Frauen.

Auch die GroKo hat nicht wirklich grundlegende Verbesserungen für Frauen durchgesetzt. Das ist so, obwohl eine Frau Bundeskanzlerin ist. Das bleibt so, auch wenn erstmals eine Frau das „Verteidigungsministerium“ führt - und den

Weg für noch mehr Kriegseinsätze der „Bundeswehr“ ebnet.

Armut ist auch hierzulande vor allem weiblich. Frauen in Deutschland erhalten durchschnittlich 20 Prozent Entgelt weniger als Männer. Sie sind überdurchschnittlich häufig von Altersarmut betroffen.

Im Kapitalismus leisten mehrheitlich Frauen die schlecht oder gar nicht bezahlte Erziehungs- und Pflegearbeit. Immer wieder sind Frauen sexueller Gewalt am Arbeitsplatz, im öffentlichen Raum und in den Medien ausgesetzt.

Weltweit sind reaktionäre, nationalistische und rassistische Bewegungen und

Parteien auf dem Vormarsch. Sie vertreten ein reaktionäres Frauenbild, welches die Frauen unterdrückt und die Gleichberechtigung der Geschlechter ablehnt.

Um diese bedrohliche Entwicklung zu bekämpfen, unterstützen wir folgende Forderungen der Frauen:

- Gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbsleben!
- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit!
- Existenzsichernde Löhne!
- Existenzsichernde Renten!
- Das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit ohne Gewalt! ■

# Vor 100 Jahren: Die russische „Februarrevolution“

K.S.

**A**m 8. März 1917 (23. Februar 1917 nach dem damals in Rußland gültigen gregorianischen Kalender) erschütterte die Februarrevolution die Zarenherrschaft.

Zuvor war es in den großen Munitionsfabriken von Petersburg zu Arbeitskämpfen gekommen - vor allem in den Putilow-Werken und in der Ayvas-Fabrik. Arbeiterinnen führten die Hungerproteste an. Es bildeten sich Arbeiter- und Soldatenräte (Sowjets).

Der Zar ordnete die sofortige blutige Niederschlagung des Auf-

standes und wenige Tage später die Auflösung des Parlaments – der Duma – an. Aber der Umsturz war dadurch nicht mehr zu stoppen.

Die Beseitigung des verhassten feudalen Romanow-Regimes eröffnete eine Periode der Doppelherrschaft von bürgerlich-parlamentarischer Regierung und basis-demokratischen Sowjets. Die „Februar-Ereignisse“ wurden so zum Vorspiel für die Oktoberrevolution rund sieben Monate später. ■



Demonstration von Arbeiterinnen und Arbeitern der Putilow-Werke am 8. März - 23. Februar - 1917.

## ISO/IV. Internationale Wer wir sind und was wir wollen

**D**ie *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen

Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

### Impressum:

ISO Rhein-Neckar  
Postfach 10 26 10  
D-68026 Mannheim  
Fon/Fax: +49 (0) 621 / 156 40 46  
Email: [info@iso-4-rhein-neckar.de](mailto:info@iso-4-rhein-neckar.de)  
Web: [www.iso-4-rhein-neckar.de](http://www.iso-4-rhein-neckar.de)



### TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- DO, 02.03.2017, 19:00 Uhr, Film „Der junge Marx“, Kino Atlantis MA
- MI, 08.03.2017, 17:30 Uhr, DGB-Veranstaltung zum Internationalen Frauentag, Gewerkschaftshaus MA
- DO, 09.03.2017, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- DO, 23.03.2017, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- FR, 24.03.2017, 19:00 Uhr, ISO-Veranstaltung zu aktuellem Thema, MA